

Stellungnahme des UStA und AstA der Pädagogischen Hochschule Heidelberg

„Informationen für alle PH-Mitglieder“ des Prorektors für Studium, Lehre und Medienentwicklung: Prof. Dr. Gerhard Härle vom 11.01.2010

Als zweiten Schritt auf dem Weg der Aufklärung und Transparenz folgte nach der Vollversammlung nun ein Schreiben von Prof. Dr. Härle, welches Vorschläge für mögliche Maßnahmen zum Sparen sowie Vorschläge für mögliche Maßnahmen zur kostenneutralen Qualitätsverbesserung formuliert. Es soll zur Diskussion auf allen Ebenen anregen: die Kreativität und Kompetenz aller Mitglieder der Hochschule ist gefordert!

Dass die Finanzkrise der Pädagogischen Hochschule und die Vorschläge zur Qualitätsverbesserung zeitlich sehr unglücklich zusammen fallen ist uns - wie auch Herr Prof. Dr. Härle - bewusst. Die Tatsache, dass Studiengebühren zum Stopfen von Haushaltslöchern und zur Sicherung der Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs (ergo: zum Erhalt der Hochschule!) verwendet werden, bleibt bestehen. Wir möchten erneut ins Gedächtnis rufen, dass die momentane Haushaltslage der PH Heidelberg nur zu einem Teil ein hausgemachtes Problem darstellt. Die chronische Unterfinanzierung der Pädagogischen Hochschulen durch das Land (z.B. durch „Tricks“ wie die globale Minderausgabe) wird immer deutlicher und ist unserer Meinung nach massiv zu kritisieren.

Zu einigen Aspekten des Schreibens wollen wir auf diesem Wege explizit Stellung beziehen:

Zu den „Vorschlägen für mögliche Maßnahmen zum Sparen“:

Das Rektorat bittet die Lehrenden, die Nutzung vorhandener Kapazitäten zu prüfen und über das Einbringen von Deputat oder den Verzicht auf Deputatsermäßigungen nachzudenken um die Lage für die Studierenden zu verbessern. In seinem Schreiben stellt Prof. Dr. Härle heraus, dass viele Mitarbeiter der PH bereits über ihre Grenzen hinaus arbeiten. Wir Studierende wollen und können diese Bitte um Solidarität in diesem Sinne nicht unterstützen. Professorenamt darf kein Ehrenamt sein!

Vakanzen sollen von den Fakultäten möglichst durch Lehraufträge und nicht durch volle Vertretungsprofessuren besetzt werden. Diese Aufforderung sehen wir sehr kritisch: Aufgrund von bestehendem Planungsdruck halten wir es für nicht gesichert, dass qualitativ adäquate Vertretungen gefunden werden können.

Auch die Prüfungsordnung wurde so verändert, dass Lehrbeauftragte in Akademischen und Staatsprüfungen eingesetzt werden können. Hierdurch wird auf der einen Seite zwar die Studierbarkeit laut Prüfungsordnung gewährleistet, auf der anderen Seite ist jedoch aufgrund der kurzen Dauer der Lehraufträge eine qualitativ hochwertige Prüfungsvorbereitung nicht mehr möglich.

Das Signal, das durch diese und ähnliche Maßnahmen an das Land und an das Ministerium gesendet wird ist eindeutig: Das Rektorat präsentiert ein Rezept, eine Hochschule trotz Unterfinanzierung seitens des Landes zu führen.

Im Haushaltsansatz 2010 ist der Grundbedarf der Hochschule bis an die Schmerzgrenze herunter gespart. Der verbleibende Verfügungsrahmen, der durch Studiengebühren von 55% der Studierenden gestellt wird, beläuft sich auf 468.000 Euro. Das Rektorat sieht die Notwendigkeit der Verwendung dieser Gelder zur Aufrechterhaltung des Lehrbetriebs und ist sich bewusst, dass diese keine Verbesserung der Lehre darstellen wird.

Die Studierenden der PH fordern die Abschaffung jeglicher Bildungsgebühren und positionieren sich ausdrücklich gegen diese anhaltende, nun sogar ganz offensichtliche, Zweckentfremdung.

Dass Studiengebühren tatsächlich zur Verbesserung der Lehre verwendet werden ist letztendlich nur eine Floskel der Politik und im Landeshochschulgesetz in dieser Form nirgendwo festgehalten. Da die Abschaffung der Studiengebühren noch immer nicht umgesetzt ist, richten wir uns folglich auch gegen den § 4 des Landeshochschulgesetzes und fordern die schwarz-gelbe Regierung auf, an dieser Stelle den Verwendungszweck eindeutig - und zwar für die Verbesserung der Lehre - zu formulieren und studentische Mitbestimmung als selbstverständlich anzuerkennen.

Die Tatsache, dass das LHG nur ein Benehmen der Studierenden fordert zeigt deutlich, dass die Studiengebührenvergabekommission nur ein Scheingremium mit Pseudo-Mitspracherecht darstellt, da die letzte Entscheidung über die Verwendung der Studiengebühren ausschließlich beim Rektorat liegt. Wir erkennen die Studiengebührenvergabekommission nicht als legitimierte studentische Vertretung in Belangen der Vergabe von Studiengebühren an, da wir dieses Gremium von studentischer Seite unterrepräsentiert besetzt sehen. Wir appellieren daher an die Hochschule alternative Verfahren zu diskutieren, um studentische Partizipation auszuweiten und dadurch besser zu legitimieren.

Zu den „Vorschlägen für mögliche Maßnahmen zur kostenneutralen Qualitätsverbesserung“

Einige der vom Rektorat vorgeschlagenen Maßnahmen sehen wir als positive Impulse an, die jedoch durch das zeitliche Zusammentreffen von Finanzkrise und neuen Ideen des Rektorats teilweise nur schwer umsetzbar sind und fälschlicherweise als reine Sparmaßnahme aufgefasst werden können. Dies betrifft unter Anderem die Forderung zur besseren Nutzung der Randzeiten. Neben dem Appell an die Lehrenden muss dies auch als Appell an die Studierenden verstanden werden.

Da es gezwungenermaßen zu einer Vergrößerung der Lehrveranstaltungen kommen wird, sehen wir den Einsatz von großgruppendidaktischen Konzepten als selbstverständlich an – die didaktischen Großformen müssen an die Teilnehmerzahl angepasst werden. Dass momentan weder Zeit noch Geld für die hierfür notwendigen Fortbildungen der Lehrenden vorhanden ist, müssen wir wohl als unausweichbares Übel hinnehmen.

Ferner begrüßen wir den Impuls, Lehraufträge an Studierende aus Weiterbildungsstudiengängen abzugeben, wobei uns die wissenschaftliche Betreuung dieser enorm wichtig ist. Eine Qualitätsmaßnahme stellt dies für uns dar, wenn diese Studierenden auf ihre Tätigkeit als Lehrende adäquat vorbereitet werden und während dessen eine wissenschaftliche Betreuung gewährleistet ist. Die Absicherung dieser Betreuung sehen wir in der momentanen finanziellen Lage der PH als äußerst fragwürdig. Zudem bleibt die Frage offen, wie genau diese Absicherung aussehen soll. Desweiteren fordern wir, dass Studierende die Lehraufträge übernehmen zusätzlich zum Zertifikat einer hochschuldidaktischen Qualifikation angemessen vergütet werden.

Lerngruppen zu verkleinern und Studierende von der Testatpflicht und von Anwesenheitslisten zu befreien sind zentrale Forderungen der Studierenden. Wie auch Prof. Dr. Härle sehen wir diese Formalitäten bildungstheoretisch und rechtlich als sehr fragwürdig, da sie einem Bildungsbegriff widerspricht, wie ihn eine Pädagogische Hochschule am Bildungsstandort Baden-Württemberg innehaben sollte. Selbstbestimmtes Lehren und Lernen lebt weder von Anwesenheitskontrolle und Testatpflicht, noch von neoliberalen Strukturen, die am Ende eines Studiums nur die Effizienz des Produkts und nicht dessen Lernprozess anerkennen.

Zu den „Verfahrensregelungen“

Die Einbeziehung der Studierenden in alle Planungsüberlegungen der Fächer und Fakultäten erscheint uns als ebenso wichtig wie dem Rektorat. Vor dem Hintergrund, dass Studierende den Lehrbetrieb im Jahr 2010 aufrecht erhalten, sehen wir dies als angemessen und unbedingt notwendig. Wir wollen unsere Mitbestimmung jedoch als grundsätzlich nötig verstanden wissen und nicht nur als Gegenmaßnahme in Folge einer Finanzkrise. Wir sind mehr als nur zahlende Kunden, welche die Pädagogische Hochschule über eine finanziell schwierige Zeit retten.

Informelle Gespräche im Bezug auf die Gestaltung des Lehrangebots im SoSe 2010 können nur dort akzeptiert werden, wo keine organisierten Fachschaften existieren. Nichts desto trotz begrüßen wir es, wenn Lehrende und Studierende wieder mehr in den Dialog treten. Deshalb appellieren wir an alle Studierenden sich zu organisieren und sich aktiv an den Gestaltungsprozessen zu beteiligen.

Wir appellieren an alle Beteiligten bei der Vergabe von Studiengebühren absolut verantwortungsbewusst vorzugehen. Die Vorschläge des Rektorats müssen temporäre Maßnahmen bleiben. Bei einer Verbesserung der finanziellen Lage müssen diese neu überdacht und wenn nötig verändert oder zurückgenommen werden.

Die Finanzlage der Pädagogischen Hochschulen wird sich erst dann ändern, wenn das sogenannte Bildungsland Baden Württemberg seine Prioritäten klar in Richtung Bildung verschiebt und somit seiner Verantwortung gegenüber den folgenden Generationen gerecht wird. Bildung ist die einzige Ressource, die von einer Gesellschaft aktiv mitgestaltet werden kann. Diese Chance darf nicht an einer drastischen Unterfinanzierung seitens des Landes scheitern.

Wir fordern das Land Baden-Württemberg auf, die vollständige Finanzierung der Pädagogischen Hochschulen im Land zu übernehmen und seiner Verantwortung dadurch gerecht zu werden.

Wir hoffen, dass das Licht am Ende des Tunnels kein Zug ist, der auf uns zu rast.

Heidelberg, den 20.01.2010

UStA und AStA der Pädagogischen Hochschule Heidelberg